

2053 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Rechtsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 4. Dezember 1979  
betreffend einen Vertrag zwischen der Republik Österreich  
und der Volksrepublik Polen über die Rechtshilfe in Strafsachen

Der gegenständliche Vertrag folgt im wesentlichen dem  
Vorbild des Vertrages zwischen der Republik Österreich und der  
Ungarischen Volksrepublik über die Rechtshilfe in Strafsachen  
(BGBl.Nr. 339/1976). Er sieht eine gegenseitige Rechtshilfe  
der Gerichte und Staatsanwaltschaften auf dem Gebiet der Straf-  
rechtspflege vor, ausgenommen die Vollstreckung von Urteilen  
und anderen Entscheidungen. Bei politischen, militärischen und  
fiskalischen strafbaren Handlungen, ausgenommen in Strafver-  
fahren, die ausschließlich wegen der Verletzung von Zoll-  
vorschriften geführt werden, wird Rechtshilfe nicht geleistet.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses  
des vorliegenden Vertrages die Erlassung von besonderen Bundes-  
gesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des  
Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht  
erforderlich.

Der Rechtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in  
seiner Sitzung vom 13. Dezember 1979 in Verhandlung genommen  
und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen,  
keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Rechtsausschuß  
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 4. Dezember 1979  
betreffend einen Vertrag zwischen der Republik Österreich  
und der Volksrepublik Polen über die Rechtshilfe in Strafsachen,  
wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1979 12 13

Dr. Helga H i e d e n  
Berichterstatter

Dr. Anna D e m u t h  
Obmann